

# **Das Elend der universitären Dauerkrise**

**Teuteberg, Hans Jürgen**

First published in:

CC-Blätter, 91. Jg., Nr. 1, S. 14 - 19, München 1976

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-56459507087

## Das Elend der universitären Dauerkrise

Vortrag auf dem 115. Stiftungsfest der Landsmannschaft  
Gottinga

Von Prof. Dr. HANS J. TEUTEBERG, Gottinga

1957 stellte Helmut Schelsky in seiner Untersuchung über die deutsche Nachkriegsjugend „Die skeptische Generation“ fest, daß auch die studentische Jugend weder eine spezifische Gruppe noch eine Verhaltenselite darstelle; weder würden ihre Lage und ihre gesellschaftlichen Ziele noch ihre Verhaltensformen auf eine Eigenständigkeit gegenüber anderen gleichaltrigen Jugendlichen und damit auf eine besondere Gesellschaftselite schließen lassen.<sup>1)</sup> Diese Analyse scheint heute völlig überholt zu sein: Wir kennen wieder den spezifischen Erscheinungstyp des „Studenten“: Sein Wille zum elitären Verhalten kommt äußerlich in nonkonformistischen Revolutionsbärten à la 1848, im betont nachlässigen „Dirty Look“ und stets streitlustigen Imponiergehabe zum Ausdruck, worauf ruhebedürftige konservative Bürgerschichten besonders gereizt zu reagieren pflegen. Die elitäre Aussonderung des Studenten aus der übrigen Gesellschaft ist aber keine Ausnahme. Ganz im Gegenteil war der nivellierte angepaßte Studententyp der ersten Nachkriegsjahre eine anomale Erscheinung. Auch der Talar des Professors und Mütze sowie Band des Korporierten haben stets eine Symbolfunktion gegenüber der außeruniversitären Gesellschaft gehabt. Bei einem Teil der Studenten hat nur die Drapierung gewechselt, nicht aber das elitäre Selbstbewußtsein. Zwölf Jahre nach dem 2. Weltkrieg meinte Schelsky noch eine allgemeine Abneigung gegenüber studentischen Zusammenschlüssen zu erkennen, wenn er schrieb: „Man assoziiert sich zu konkreten Zwecken, aber man will nichts weniger als Gemeinschaften bilden, gerade die in solchen Gemeinschaftsbildungen steckenden Ansprüche auf die Totalität des studentischen Daseins werden abgelehnt und passen nicht in die konzentrierte Berufseinstellung, mit der man sein Studium durchführt.“ Auch hier ist das Pendel zurückgeschlagen: Die Szenerie wird neben den Korporationen von einer Fülle kleiner Protestgruppen beherrscht, die den einzelnen Studenten total in Anspruch nehmen. Wie Jürgen Habermas als einer der geistigen Väter der radikalen Neuen Linken in seinem Buch „Protestbewegung und Hochschulreform“ festgestellt hat, ist seit dem Ende der sechziger Jahre eine neue studentische Subkultur in der Bundesrepublik entstanden, in der solidarische Gruppenerfahrung, romantische Weltflucht, politischer Wille, quasi-religiöses Schwärmertum und eigener gesellschaftlicher Geltungsanspruch seltene Mischungen eingegangen sind.<sup>2)</sup> Die neuen radikallinken Protestgruppen teilen mit den traditionellen Korporationen das primärgruppenhafte Selbstbewußtsein, nach dem Teilnahme an solidarischer Gruppenerfahrung für die Bildung des einzelnen Studenten im Grunde wichtiger ist als das Absolvieren von Lehrveranstaltungen. Seit dem Beginn der Studentenbewegung werden z. B. Vorlesungen von radikalen Akti-

visten mit dem Hinweis abgelehnt, der Hochschullehrer mißbrauche sie, um seine eigenen unkontrollierten Vorurteile und „falschen“ Ideologien den Studenten aufzuzwingen. Die Selbstorganisation der „Basisgruppen“ müsse eben dies verhindern und wenn möglich zur Selbstunterrichtung führen. Fühlten sich die Korporationen stets als Glied der übergreifenden „akademischen Bürgerschaft“ und die Altherrenschaften als ihre in die Gesellschaft verlängerte Verankerung, so begreifen sich die neuen Protestgruppen zwar als Widerpart der alten bürgerlichen Universität, deswegen ist aber der elitäre Geltungsanspruch geblieben. Die Masse der Studierenden besitzt im Gegensatz zu den fünfziger Jahren wieder ein ausgeprägtes korporatives Selbstbewußtsein, das ohne verbindliche weltanschauliche Orientierung nicht möglich wäre. Genau dieser breite Konsens fehlte den Hochschulen im ersten Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg. Man kann darüber nachsinnen, warum die traditionellen Korporationen diese weltanschauliche Lücke nicht nutzten oder nicht nutzen konnten. Der Hauptgrund war wohl der, daß sie ihrer Struktur nach mehr nach innen als nach außen wirkten. Die Charakterbildung im Stillen, die geistige wie institutionelle Differenzierung, die Hervorhebung des Individuums hatten stets in ihrer Geschichte eine betonte Rolle gespielt. Die geschlossene, politisch orientierte Demonstration war und blieb immer eine Ausnahme, da eine politische, religiöse oder weltanschauliche Uniformierung stets abgelehnt wurde. Dazu kam der langandauernde Schock des unseligen Dritten Reiches mit dem Zusammenbruch des alten Wertsystems. In einer Zeit, wo man über den „Verlust der Mitte“, die Geschichtsmüdigkeit und den Traditionsverlust klagte, konnten gerade die überlieferten Traditionsgruppen der Studentenschaft nicht das bieten, was dieses Defizit hätte füllen können. Der unhistorische Zeitgeist blies gerade diesen Traditionsverbänden ins Gesicht. Die Korporationen teilen hier nur das Schicksal, das andere überlieferte Institutionen und Werte der bürgerlichen Gesellschaft erleiden mußten.

\*

Tatsache ist, daß jahrhundertalte Bindungen innerhalb der Universitäten in einem Jahrzehnt eintrockneten und schließlich von der Gesetzesmaschinerie durchgeschnitten wurden. Dafür lassen sich viele Indizien anführen: Die Tätigkeit in der Fakultät wurde von den meisten Professoren zur funktional-lästigen Pflicht herabgestuft, akademische Ehrenämter zur Routine degradiert. Die Talare bei akademischen Feiern (um die früher die Technischen Hochschulen leidenschaftlich kämpften und die die erste neue Universität Bochum noch mit Pomp einführte) wurden gedankenlos-widerwillig getragen und nach der Hamburger Demonstration („Der Muff von 1000 Jahren steckt unter den Talaren“) fast widerstandslos abgelegt. Die barocken lateinischen Titel wichen trockenem Amtsdeutsch. Die Universität wurde seit dem Beginn der sechziger Jahre aus einer kleinen feinen „Gelehrtenrepublik“ ein alltäglicher Massendienstleistungsbetrieb, in dem für besondere Gesinnungsverbundenheit aller

hier Tätigen kein Platz mehr ist. Die Korporationen und besonders ihre Altherrenschaften draußen im Lande haben diesen Strukturwandel zunächst nicht mitbekommen und mit fast rührender Anhänglichkeit noch an dem korporativen Gedanken der alten Universität festgehalten. Sie übersahen, daß die alte Selbstverwaltung der Hochschulen, die Fakultäten mit ihren Dekanen und die Senate mit ihren Rektoren, längst systeminkongruent geworden waren, weil sich ihre Funktionen nicht mehr mit den Anforderungen eines modernen Dienstleistungsbetriebes vereinbaren ließen. Die alte „Ordinarienuniversität“ und die Korporationen haben kaum Widerstand geleistet, als Assistenten und Studenten in die hochgeweihten elitären Gremien einzogen und diese zu politischen Kampfarenen umfunktionierten. Die Systemveränderer hatten damit ihren Fuß zwischen der Tür. Die radikale Neue Linke hat damals sehr schnell registriert, daß man hier an die Hebel herankam, die zu anderen Schaltstellen der Macht führen.

Die äußerlich noch korporative, innerlich aber sich rein bürokratisch organisierende deutsche Hochschule erwies sich in den sechziger Jahren als zu schwach, um die gewaltige Integrationsleistung zu vollbringen, die notwendig gewesen wäre, um mit der weiter ansteigenden Studentenflut fertig zu werden. Wo die Studienfächer klein oder die Arbeitsplätze knapp waren, wo vor allem experimentiert und seziert wurde, dort gelang die Integration noch einigermaßen mit kleinen Reibungsverlusten. In den großen geisteswissenschaftlichen Disziplinen degenerierten in den Massenveranstaltungen die Studenten zur anonymen Masse. Die Korporationen haben diesen Ansturm, den Bildungsreformer Georg Picht auslöste, ebensowenig wie die alte Universität vorhergesehen. Die Massen unverbundener Studenten-„Kunden“ in der „Geistesfabrik“ Universität wurden der Nährboden für revolutionäre Parolen. Aufmerksame Zeitbeobachter sind sich darüber einig, daß die Universitäten nicht so sehr das Opfer einer von außen herangetragenen Krise und allgemein politisch begründeter Radikalisierung geworden sind. Der tiefgreifende Funktionswandel der Universitäten von kleinen Bildungsstätten für den wissenschaftlichen Nachwuchs und einiger elitärer Berufe zur „Ausbildungswerkstatt“ für eine sich explosionsartig vermehrende Abiturientenmasse habe vielmehr in erster Linie die schleichende Dauerkrise der Universität erzeugt. Dabei darf man nichts beschönigen: Die alte Universität hat sich weitgehend als unfähig zur Selbstreform erwiesen. Die schnelle Erweiterung des Kreises der Hochschullehrer, die Neuorganisation der Institute und Seminare, die Präzisierung der Studien- und Prüfungsordnungen, die Entwicklung optimaler Studienverlaufspläne und überhaupt die Synchronisation von Planung und Bedarf konnte aufgrund der vielen eingebauten Veto-Positionen der alten Universität nicht oder nicht rechtzeitig gelöst werden. Der Eingriff des Staates war daher unvermeidlich – die Studentenrevolten gaben nur den äußeren Anlaß. Was dem Staat vorzuwerfen ist, ist nicht, daß er mit seinen Reformen und Richtlinien die

traditionelle Autonomie der Hochschule verletzte; denn diese war vielfach bereits zur Fassade herabgesunken. Zu kritisieren ist, daß seine Eingriffe auf unklaren und widerspruchsvollen Prinzipien beruhten, die vielfach ungewollt die politische Radikalisierung auslösten und beförderten. Daß die Eingriffe nicht zur Lösung der Hochschulmisere führten, ist kein Zufall, sondern eine Folge dieser Prinzipienlosigkeit. Das Elend unserer Universitäten ist keine temporäre Übergangserscheinung, wie einige Kultusminister und Universitätspräsidenten uns weiszumachen versuchen, sondern ein Strukturfehler der Reformen. Auch das jetzt verabschiedete Hochschulrahmengesetz bringt kaum eine Besserung.

\*

Die Unklarheit bezieht sich vor allem auf die Anwendung des demokratischen Prinzips auf die Hochschulen und sein Verhältnis zum Leistungsprinzip. Wir leben in einer demokratischen Leistungsgesellschaft, in der beide Prinzipien von allen Politikern grundsätzlich anerkannt werden, sieht man von der rechtsextremistischen Minderheit gegen die Demokratie und links-extremistischen Agitation gegen die Leistung ab. Aus dem demokratischen Prinzip folgt die Gleichheit der politischen Rechte, die Verantwortung der Regierenden vor dem Wähler und seinen Vertretern, die Verantwortung aller vor dem Parlament, die Freiheit der Meinungsäußerung wie der Information. Das Leistungsprinzip fordert die soziale Chancengleichheit als Voraussetzung zur Ausschöpfung der Begabungen und die Notwendigkeit von Mindestanforderungen sowie die Ermutigung von Spitzenleistungen durch materielle oder ideelle Anreize. Diese Grundsätze sind auf die Universität anwendbar, wenn man folgendes im Auge behält: Eine demokratische Kontrolle der Universität kann nur von außen erfolgen; innen unterliegt sie aber dem Gesetz der Leistung. Die Festsetzung der Prioritäten von Werten und Bedürfnissen kann nur demokratisch von allen und nicht von selbst ernannten Gruppen entschieden werden. Eine zweckmäßige Leistung erfordert die Anerkennung von Sachkunde und Hierarchie beruhender Autorität, was breite Konsultation und Information aller Beteiligten nicht ausschließt.

Der Staat hat verschiedene Probleme nicht richtig erkannt. 1. Die erste Grundfrage ist die gerechte Regelung der Zulassung zum Studium. Das läßt sich auf die Dauer nicht mit Abiturdurchschnittsnoten und Lossystem bewältigen. Maximale Begabtenförderung mit einheitlich gehandhabten Aufnahmeprüfungen in den Universitäten müssen hier Platz greifen. Die differen-

zierte gymnasiale Oberstufe macht die Abiturdurchschnittsnoten sowieso hinfällig. Zwischen Schule und Universität sind geeignete Vorbereitungsstufen einzubauen. 2. Da die Universität heute vor allem eine höhere Fachschule ist, steht die Festsetzung der Berufsanforderungen im Mittelpunkt. Dies ist aber keine Sache der Hochschule, sondern eine Sache der betroffenen gesellschaftlichen Verbände und des Staates. Gemischte Kommissionen, wie sie das Hochschulrahmengesetz im § 59 vorsieht, sollen über die Prüfungsordnungen entscheiden. Bei der Neufassung der Prüfungsordnungen für Lehrer sind z. B. die Lehrer- und Elternverbände gleichberechtigt heranzuziehen. Leider hat der Staat davon bisher kaum Gebrauch gemacht. Die Festsetzung der Anforderungen für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses beginnend mit Promotion sowie die Auswahl der Lehrkräfte und ihre Ernennung kann nur Sache ausgewiesener Wissenschaftler sein. Diese Selbstergänzung durch das Kooptationsprinzip ist nicht „undemokratisch“, wie radikale Studenten immer wieder behaupten, sondern in allen gelernten Berufen auf der ganzen Welt üblich. Nur die politischen Mandatsträger können und dürfen sich in einer Demokratie nicht selbst ergänzen. Hochschullehrer sind aber eben keine politischen Mandatsträger und sollten es auch nicht sein. Umgekehrt ist die Mitentscheidung über Promotionen durch Nichtpromovierte oder über Berufungen durch Nichthabilitierte gänzlich leistungswidrig. Auch über Forschungsvorha-

ben innerhalb der Hochschule kann nur von Wissenschaftlern entschieden werden, will man den Gedanken einer Sachkompetenz und Leistung nicht auf den Kopf stellen. Die Mitwirkung der Öffentlichkeit ist durch die Bewilligung der Mittel voll gesichert. Die Ausarbeitung der Lehrpläne im Rahmen der vorgeschriebenen Studiengänge und die laufende Überprüfung der Lehrmethoden bedürfen dagegen wiederum der ständigen Konsultation aller Lehrenden mit Vertretern der Studenten als den hier Hauptbetroffenen. Hier kann man sich den Ausbau sinnvoll abgestufter Mitwirkungsrechte der Studenten durchaus vorstellen, wobei das grundgesetzlich verbürgte Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit den Rahmen abgibt. Leider steuern die Kultusbürokratien hier einen falschen Weg, indem sie hier Rahmenrichtlinien im Wege der Verwaltungsanordnung erlassen, die den Spielraum der Universitäten in der Lehre unerträglich einengen und reglementieren. Der entscheidendste Fehler vieler neuer Universitätsgesetze aber ist, daß man die neue Verfassung der Hochschulen allein auf den Interessensgruppen und ihren Konflikten aufbaute. Im Sinne einer falsch verstandenen „Fundamentaldemokratisierung“ (KARL MANNHEIM) wurden alle möglichen universitären Gremien mit Vertretern aller Interessengruppen bestückt. Die echten Interessen der Studierenden, z. B. Stipendien und Wohnungsfragen, Arbeitsbedingungen usw., lassen sich aber viel wirksamer von selbständigen Studentenorganisationen als von paritätischen Gremiendelegierten vertreten. Diese sahen ihre Aufgabe bisher auch nur oft darin, Prüfungsanforderungen oder politisch mißliebige Dozenten zu disqualifizieren bzw. allgemeinpolitische Agitation zu treiben. Die heute überall mit Assistenten und Studenten besetzten Fakultäten, Fachbereichsräte, Instituts-, Seminar- oder Klinikräte sind zu Austragungsorten permanenter Interessenskonflikte geworden, wo sich insbesondere die studentische Gruppe als eine Art von politischer Fraktion betrachtet. Es wird eine Unmenge Zeit über z. T. völlig sachfremde Probleme verdebattiert und manche Personal- oder Verwaltungsfrage zum politischen Spektakel aufgeblasen, wenn es radikale Gremienvertreter wollen. Die Phase der äußeren massiven Störungen, die die Öffentlichkeit gegen die Studenten aufbrachten, ist vorbei. Die inneren politischen Erpressungen und Drangsalierungen insbesondere der Hochschullehrer dauern aber an.

Rückschauend muß man die Strategie der radikalen Linken bewundern: Angesichts der kommunikationsarmen und potentiell konfliktreichen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden an einer Massenuniversität lag es nahe, das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten mit Hilfe der marxistischen Zweiklassentheorie neu zu interpretieren. RALF DAHRENDORFS Buch „Soziale Klassen und Klassenkonflikte“ von 1957 erfüllte weitgehend diese neue Herrschaftstheorie<sup>9)</sup>: Der Lehrkörper der Universität wurde zur „herrschenden Klasse“, denn er hatte die Mittel zur Belohnung und Bestrafung der Studierenden monopolartig in den Händen, indem er sozialen Status in Form von

akademischen Würden verlieh. Die Studierenden wurden mit „ausgebeuteten Proletariern“ gleichgesetzt, den Rektor konnte man mit seinem Disziplinarrecht als Eigentümer dieser „Wissenschaftsfabrik“ genannten Universität vergleichen. Bei der jahrzehntelangen Tabuisierung aller marxistischen Theorie, der sich selbst die SPD in ihrem Godesberger Programm angeschlossen hatte, lag es nahe, die an sich in Westdeutschland längst abgelegte Klassenkampftheorie wieder hervorzuholen. Dies rote Tuch hatte genau die vorausberechnete Wirkung: Es wirkte wie schon einmal im 19. Jahrhundert als echter Bürgerschreck. Daß diese Renaissance vulgärmarxistischer Phraseologie, um mehr handelt es sich meistens gar nicht, mit der eigentlichen marxistischen Lehre und ihrer Fortbildung zum Leninismus-Stalinismus-Maoismus wenig zu tun hatte, war zweitrangig. Die vielen studentischen Protestler, die sich z. T. mit Berechtigung gegen offensichtliche Mißstände in den Hochschulen wehrten, merkten viel zu spät, daß geschickte politische Agitationskader solche Aufrührerbewegungen für ihre Zwecke nutzten.

Die Studentenbewegung läßt sich heute in drei Phasen gliedern: Die erste Phase zwischen 1965 bis 1967 betraf ausschließlich die FU Berlin, wobei inneruniversitäre Streitpunkte überwogen. Demonstrationen gegen Vietnam dienten mehr der moralischen Legitimation für den neuen studentischen Aktionismus. Die zweite Phase begann mit der – wie sich herausstellte – versehentlichen Tötung des Studenten BENNO OHNSORG nach den Schah-Demonstrationen im Juni 1967. Nun erst griff die Protestbewegung auf das Bundesgebiet über und richtete sich systematisch gegen alle Symbole der alten akademischen Tradition. Die Aktionen gegen den Zeitungskonzern Springer und die Notstandsgesetze waren für die Öffentlichkeit bestimmt. Der revolutionäre Stoß in Richtung Gesellschaft verfehlte allerdings völlig seinen Zweck: Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet, und es bildete sich eine bis dahin nicht vorhandene Medien-Front gegen die „Systemveränderer“ heraus. Nach innen war der Angriff dafür um so erfolgreicher: Fast überall wurden neue Universitätsgesetze seit 1969 erlassen, die die Gremien der Universität den Studenten öffneten. Die Kultusbürokratien, vor allem in den SPD-Ländern, waren der Meinung, daß man die „heilsame Unruhe der Jugend“, so lautete damals die beliebte Formel, am besten ableiten könnte. Für viele ältere Professoren stürzten damals ganze Welten ein. Über die Lage der Protestgruppen in Frankfurt 1969 schrieb HABERMAS:

„Die Aktionisten versuchen trotz Mißerfolge ihre führende Position zu behaupten. Ihre Taktik, die nur in der Phase der an klaren Zielen legitimierten und begrenzten Regelverletzung politisch erfolgreich gewesen ist, hat in eine Sackgasse geführt. Sie können entweder ihr scheinrevolutionäres Selbstverständnis und die empirisch gehaltenen Situationsdeutungen revidieren, das ist beim jetzigen Grad der Dogmatisierung unwahrscheinlich. Oder sie können resignieren, d. h. ihre Ziele auf unpolitische Ebene verschieben und den Zusammenhalt durch sektiererische Abkapselung wahren, das

ist auf längere Sicht unvermeidlich. Der innere Kommunikationskreis ist schon heute gegen die Zufuhr dissonanter Erfahrungsgehalte abgedichtet. Ein großer Teil der Repräsentanten dieser Gruppe ist zudem aus dem Studium so weit herausgefallen, daß sie für eine politische Tätigkeit, die mit wissenschaftlicher Tätigkeit integriert wäre, keine lebensgeschichtliche Perspektive mehr darstellt.“

Mit dem von HABERMAS richtig prognostizierten Entstehen von Außenseitergruppen, die sich selbst ihren Rückweg zu der von ihnen verneinten Gesellschaft abschnitten, wuchs ein neues revolutionäres Potential heran. Der Weg zur anarchistischen Terrorbande im Stil lateinamerikanischer Stadtguerrillas, zur maoistischen Kommune, zur trotzkistischen Vierten Internationale wie auch der Anschluß an die orthodoxe kommunistische Partei war damit vorgezeichnet. Der utopische Dutschkismus, der von einem „Dritten Weg“ in einem ethisch geläuterten Sozialismus träumte und mit allerhand neoromantischen Hippyzügen garniert war, ist längst Makulatur geworden. Dafür ist der jugoslawische, französische und neuerdings besonders der italienische Kommunismus zum Idol erklärt worden.

Nach diesem so skizzierten gesamtgesellschaftlichen Hintergrund unserer Universitätskrise ist natürlich abschließend zu fragen, was aus dieser Wandlungsbewegung vermutlich werden wird. Zunächst läßt sich konstatieren, daß die heutige Universität einen zunehmenden Funktionsverlust erleidet. Die Grundlagenforschung ist vielfach an selbständige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen abgewandert. Die berufliche Fachausbildung beherrscht heute weitgehend die Universitätslandschaft. HELMUT SCHELSKY hat in seiner letzten Universitätsanalyse „Abschied von der Hochschulpolitik“ die Hochschulreform schlicht als gescheitert erklärt. Längst vorliegende Reformexperimente und Erfahrungen habe man nicht genutzt, dafür würden die Hochschulen mehr und mehr emotionell politisiert und ideologisiert. Die Hochschulreform sei menschen- und tatsachenfremd geworden. Den Politikern wirft er vor, daß sie mit dem Blick auf mögliche Stimmengewinne bei den zahlenmäßig größeren akademischen Gruppen sich Liebling machten und die eigentliche Aufgabe der Reform der Universität aus dem Auge verloren. Die vorgelegten Reformtheorien seien spekulativ, die Organisationsmodelle willkürlich, Tatsachen und Erfahrungen seien nicht zur Kenntnis genommen. Man habe Hochschulgesetze entworfen, ohne ihre möglichen Folgen und Nebenwirkungen zu bedenken. Die staatlichen Bürokratien übersahen nach SCHELSKY völlig, daß sich neben den formalen Organisationsstrukturen stets informale Gruppen bilden, die eine Rechtsordnung erst mit Leben füllen. Die informell geregelten Interaktionsformen sind nirgends größer als gerade in der vielfältig differenzierten Universität. Auf dem Papier liest es sich auf den ersten Blick sehr gut, daß die Studenten und Assistenten an dem Fachbereichsrat gleichberechtigt mitwirken sollen. Die Auslese der Studentenvertreter ist aber dank der studentischen Wahlmüdigkeit stets so, daß nur die radikalsten Studentenvertre-

ter in die Gremien einziehen. Kleine ideologische Minderheiten regieren kräftig in die täglichen Finanz- und Personaldinge hinein. In den Hochschulen ist äußerlich weitgehend Ruhe eingekehrt, weil die radikalen Linken an Konferenztischen sitzen und sich untereinander Posten und Geld zuzuschancen gelernt haben. Ganze Fakultäten deutscher Universitäten werden heute von Radikallinken beherrscht, die sich z. T. offen als DKP-Mitglieder zu erkennen geben. Der von dem Hamburger Jurastudenten und Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes DETLEV ALBERS 1967 in seiner Studie „Demokratisierung der Universität“ erstmals aufgebrachte Gedanke einer Drittelparität aller akademischen Gremien, bei der Hochschullehrer, Assistenten und Studenten jeweils ein Drittel aller Stimmen bekommen, ist durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im schon weit fortgeschrittenen Vormarsch in letzter Minute gestoppt worden, so daß in den wichtigsten unteren Gremien die Hochschullehrer nicht mehr überstimmt werden können. Diese „Karlsruhesierung“ ist von der radikalen Linken natürlich als „Gegenschlag der Reaktion“ bezeichnet worden. Aber an vielen Stellen, wie z. B. in den satzungsgebenden Senaten und seinen Ausschüssen, wird immer noch an dem Gedanken einer völligen „Gleichberechtigung“ festgehalten. Immer noch wird die Repräsentation mit Demokratie gleichgesetzt. Umsonst haben bisher Verfassungsexperten wie WILHELM HENNIS darauf hingewiesen, daß diese „Drittelparität“ weiter nichts als die Rückkehr zu ständestaatlichen Vorstellungen und ein grobes Mißverständnis der Demokratie darstellt.<sup>5)</sup> Die Forderung nach paritätischer Beteiligung (am liebsten hätte man nach dem Zweiklassenmodell eine fünfzigprozentige Beteiligung gehabt und die Assistenten in „Herrschende“ und „Ausgebeutete“ aufgeteilt!) diene nach ALBERS Worten dazu, die „alte feudale Ordinarienstruktur“ aufzubrechen und einen Durchgang zu radikalen Modellen zu gewinnen. Wie HABERMAS feststellt, dient dieses angebliche Reformmodell nur als Vorwand zu weitergehenden gesellschaftlichen Revolutionszielen. „Demokratisierung der Universität“ und „Kampf gegen Leistungsdruck“ sind die geheimen Erkennungszeichen der Systemüberwinder. Wie der Philosoph und frühere SPD-Staatssekretär HERMANN LÜBBE 1973 klar festgestellt hat, meint diese Systemüberwindung schlicht und einfach Revolutionierung aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Man soll diesen Ausdruck so nehmen, wie er gemeint ist – als harte Kampfansage. Man zielt dabei noch nicht auf die eigentlichen Machtzentren, wohl aber auf die geistigen Grundlagen ihrer Legitimität. Der Angriff ist so erfolgreich, weil eine breite Schicht von Intellektuellen immer noch notwendige Kritik an einer Demokratie mit aggressiver Verachtung freiheitlicher Grundwerte verwechselt. Die masochistische Lust einiger Schriftsteller, über den angeblichen „faschistischen Polizeistaat der BRD“ zu reden, kommt diesen Systemveränderern entgegen. Gewiß ist die Protestbewegung der sechziger Jahre, die von Berkeley über Tokio bis nach Berlin und Paris reichte, auch ein Phänomen westlich geprägter

hochentwickelter Industriegesellschaften. Eine zunehmende Beschleunigung der gesellschaftlich relevanten Elemente steckt hinter diesem Aufbegehren. Die Folgen zu schnellen Wirtschaftswachstums auf der einen und zu großen Bevölkerungswachstums auf der anderen, der Wandel von der Primär- zur Sekundärerfahrung, die Akademisierung immer größerer Teile der Gesellschaft und anderes scheinen diese Unruhe mitausgelöst zu haben. Die Bundesrepublik ist aber als einziges Land darauf verfallen, in einer Totaldemokratisierung der Universitäten hier einen Ausweg zu suchen, der die Freiheit der Wissenschaft und Forschung in für demokratische Staaten völlig atypischer Weise eingeengt hat. Da der Fortbestand einer postindustriellen technologischen Gesellschaft in weniger Jahrzehnten von der Qualität seiner Ausbildung wesentlich abhängen wird, kann man diese Roßkur kaum verstehen. Wer die Studienverhältnisse an ausländischen Hochschulen kennt, kann nur staunen, was in der Bundesrepublik in den letzten fünf Jahren passiert ist – wissenschaftliche und politische Karrieren fangen an, bei uns zu verschwimmen. Bei Berufungen wird an einigen Orten mehr nach politischen Einstellungen anstatt nach wissenschaftlicher Qualifikation gefragt. Daß an einigen deutschen Universitäten der international übliche wissenschaftliche Standard nicht mehr gilt, ist kein Geheimnis mehr. Wir erleben eine Art Rekonfessionalisierung der Universität, die mit Wissenschaft als Ausdrucksform der Ratio im Grunde unvereinbar ist. Die Polarisierung in pluralistisch-demokratisch-christliche Universitäten (München, Köln, Mainz, Münster, Freiburg), linksliberale Hochschulen (Konstanz, Bielefeld) und orthodoxe sozialistische Kaderschmieden (Bremen, Berlin, Frankfurt) könnte sich anbahnen. Das staatliche Monopol des Bildungswesens würde sich dann auf Dauer nicht mehr durchhalten lassen. Die Gründung spezieller privater Stiftungs-Colleges, Gewerkschafts- und Kirchenhochschulen wäre nicht auszuschließen. Die besonderen Bundeswehrhochschulen deuten darauf hin, daß der Staat seinen eigenen Universitäten nicht mehr traut.

Die deutsche Universität befindet sich in einer schweren Identitäts- und Orientierungskrise. Identität ist alles, was Auskunft erteilt, wer jemand sei, wohin er geht, was er zu welchem Zweck bei sich führt. Die wachsende Inkonstanz macht die Beantwortung der Zielkonzeption immer schwieriger. Der Blick in die Geschichte der Universitäten und der Wissenschaften und der sie einstmals tragenden Gruppen kann uns allein Antwort über den Weg in die Zukunft geben. Nur aus der richtig verstandenen Geschichte, nicht aus der blinden Utopie kommen die Antworten für die richtige Reform. Die aus vordergründigen politischen Motiven geführte beschwichtigende Hochschulpolitik hat sich als ein Fehlschlag erwiesen, an dem noch die nächste Generation schwer tragen wird. Der politische Konzessionismus hat die Strukturkrise mehr verschärft als gelöst.

\*

Die Woge von Spätmarxismus, die die Hochschulen

überflutet hat, ist nur daher zu erklären, daß diese Theorie die Hyperkomplexität moderner Gesellschaftsstrukturen radikal zu simplifizieren versucht. Die Reduktion auf eine dichotomische Klassenkampftheorie ist für jedes schlichte Gemüt verständlich. Die radikale Politisierung hat alles in ein einfaches Freund-Feind-Schema aufgeteilt. Nach definitiver Erledigung des Feindes stellt sich dann scheinbar die Lösung des Problems von selbst ein. Die Hochschulen sind heute zum Hauptschauplatz der Systemüberwindung geworden, weil sich hier ideologische Aggressivität am leichtesten unter dem Schutz der Meinungs- und Lehrfreiheit durchsetzen läßt. Im Gegensatz zur marxistischen Lehre gibt es aber kaum Bezüge zur wirklichen Arbeitswelt. Es sind Kämpfe, an denen nur Intellektuelle teilnehmen. Die soziale Basis ist auf Schüler, Schriftsteller, Rundfunkhäuser und Zeitungsredaktionen ausgedehnt worden, aber die Fabrikarbeiter hat man eben nicht erreicht. Die These, man habe die „Selbstentfremdung“ der „werk-tätigen Masse“ unterschätzt, ist weiter nichts als ein gedankenreicher Trick intellektueller Arroganz. Aber dies darf uns nicht beruhigen: denn die postindustrielle Gesellschaft wird mehr und mehr zur Bildungsgesellschaft. Die Chancen des einzelnen, sich durch primäre Lebenserfahrungen zu orientieren, werden immer geringer. Die hochkomplexe Gesellschaft von morgen braucht eine steigende Produktion theoretischer Systeme, die uns verhilft, über das Ganze zu orientieren und mit dem jeweiligen System zu identifizieren. Nur mit Hilfe solcher Abstraktionen können wir noch ausdrücken, wer wir sind, was wir in letzter Instanz wollen oder nicht wollen. Die Gruppe der „Sinndeuter“ sind schon die eigentlich Mächtigen geworden.<sup>6)</sup> Wenn unsere Ordnung geistig nicht mehr ausreichend legitimiert werden kann, ist sie wahrlich am Ende. Die Strategie der radikallinken Systemüberwinder besteht eben darin, diese Institutionen zu erobern, mit denen man Bewußtseinsmonopole schaffen kann. Nicht die Revolutionierung der Arbeitermassen steht im 20. Jahrhundert auf dem Programm, sondern die Eroberung dieser geistigen Schaltstellen. Fällt in unserem hochkomplexen System, das nicht zu Unrecht mit komplizierten Schaltkreisen der Computertechnik verglichen worden ist, das entscheidende Relais aus, dann steht alles still. Wenn sich Linke gelegentlich von der Baader-Meinhof-Bande distanzieren, dann nicht, weil man deren Ziele ablehnt, sondern weil deren brutale Gewalt für unbrauchbar gehalten wird. Es ist eine Strategie der „Revolution auf leisen Sohlen“. Nur einfältige Gemüter können solche Revolutionsabsichten noch mit nützlichen Reformen verwechseln. Ganz im Gegenteil ist die Neue Linke im Grunde gegen jede echte Reform, weil diese nur systemstabilisierend wirkt. Niemand wird so scharf attackiert wie wirklich demokratische Reformer. Als „Reform“ wird nur zugelassen, was nur zum Preis der Systemüberwindung zu bekommen ist. Zur Strategie der Systemüberwindung gehört wie in jeder Revolution die bewußte permanente Regelverletzung. Man greift heute selten noch direkt an, man bedrängt Personen und Institutionen, man macht sie

lächerlich und wehrlos. Die provokatorische Ausnutzung der demokratischen Freiheiten ist sehr viel erfolgreicher als die direkte Aggression. Dies ist nicht die notwendige Kritik an der Demokratie, sondern die Bestreitung ihrer Legitimität.

\*

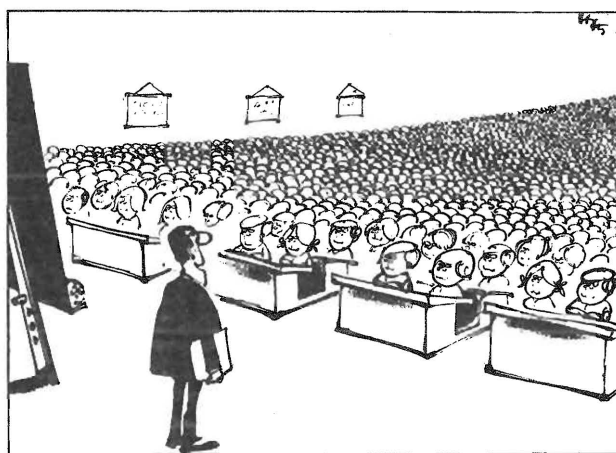
Die deutschen Universitäten waren ihrem Wesen nach immer Kollegien der wissenschaftlichen Kooperation. Sie wurden zu ihrem Unglück so mit Verwaltungsdingen überlastet, daß in den Fakultäten immer weniger von der Wissenschaft und immer mehr von Organisation geredet wurde. Statt die Universitäten von der funktionsfremden Verwaltung zu befreien, hat man ihnen immer mehr davon aufgebürdet. Hochqualifizierte Wissenschaftler müssen nach ihrer Berufung einen großen Teil ihrer Arbeitszeit mit Dingen verbringen, die jeder Inspektor auch lösen könnte. Die immer strittigen Fragen der Aufteilung von Räumen, Geld- und Planstellen könnten auch anders entschieden werden. Die heute mit Assistenten und Studenten vollgestopften vielen kleinen Fachbereiche bedeuten keine Reform gegenüber der alten Fakultät. Der alte korporative Gedanke ist ebenso wie das Selbstbewußtsein einer institutionalisierten Wissenschaft verlorengegangen. Früher hatte die Wissenschaft die unübersehbare Aufgabe, der Gesellschaft den Weg in die Zukunft theoretisch zu weisen. Heute leidet die Universität selbst unter Orientierungslosigkeit.

*Anschrift des Verfassers:*

Professor Dr. phil. Hans J. Teuteberg (Gottinga im CC. Göttingen), Westfälische Wilhelms-Universität, Historisches Seminar, Domplatz 20-22, 4400 Münster. Telefon (0 25 01) 18 55

*Fußnoten:*

- 1) Helmut Schelsky, Die skeptische Generation, 1957.
- 2) Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, 2. Aufl. 1969.
- 3) Ralf Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt, 1957.
- 4) Helmut Schelsky, Abschied von der Hochschulpolitik oder die Universität im Fadenkreuz des Versagens, 1969.
- 5) Wilhelm Hennis, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffes, 1970.
- 6) Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen, 1975.



„Guten Tag, ich bin die Lehrerschwemme! Seid ihr der Pillenknick?“